

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Walter Kolbow MdB zum Jahrestag des Attentats auf Hitler: Tradition des 20. Juli 1944 verpflichtet restaurativen Tendenzen zu wehren.

Seite 1

Dr. Hans de With MdB zur Reform des Börsenkontrollsystems: Regierung verzögert Bekämpfung des Insider-Handels.

Seite 2

Rudolf Müller MdB zu Erwartungen der Bürger an die Politik: Die Politik muß sich den realen Problemen der Bürger zuwenden.

Seite 3

Klaus Kübler MdB zu aktuellen Ereignissen in Pakistan: Militär erzwingt Rücktritte.

Seite 3

48. Jahrgang / 135

20. Juli 1993

Tradition des 20. Juli 1944 verpflichtet restaurativen Tendenzen zu wehren

Zum Jahrestag des Attentats auf Adolf Hitler

Von Walter Kolbow MdB

Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion gedenkt in Dankbarkeit der Männer, die am 20. Juli 1944 mit dem Attentat auf Adolf Hitler dessen verbrecherischer Kriegspolitik ein Ende setzten und Deutschland vor der Katastrophe einer bedingungslosen Kapitulation bewahren wollten. Von ihrem Gewissen gedrängt und in bester preußischer Tradition des Widerspruchs und der Mitverantwortung löhiten sie sich berufen zu handeln, da die oberste militärische Führung dem Diktator Hitler trotz besserer Einsicht willfährig folgte. Graf Stauffenberg und die übrigen Mitglieder des militärischen Widerstandes gaben ein Beispiel dafür, daß Befehl und Gehorsam Grenzen haben, daß sie an das Recht und das Gewissen der Soldaten gebunden sind. Die Männer des 20. Juli 1944, die ihr mutiges Eintreten für ein besseres Deutschland und gegen das nationalsozialistische Unrechtssystem mit dem Leben bezahlten, bilden einen Eckstein der Tradition unserer Bundeswehr. Ihr Vermächtnis ist Verpflichtung, nicht nur für die Streitkräfte, restaurativen Tendenzen zu wehren.

Wenn diese Verpflichtung wirklich ernst genommen würde, müßte sie zu Konsequenzen führen. Es ist beispielsweise völlig unverständlich, daß es in der Bundeswehr noch immer Kasernennamen gibt, die den hohen Ansprüchen des 20. Juli nicht genügen, wie die Diel-Kaserne in Füssen, die das Andenken eines eindeutigen Hitler-Gefolgsmanes pflegt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher den Verteidigungsminister auf, in all den strittigen Fällen nicht traditionswürdiger Namen jetzt endlich eindeutige Entscheidungen zu treffen und Umbenennungen nicht im Wege zu stehen.

(-/20. Juli 1993/ks/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertrieben durch
mit verteilten Kopien
Recycling-Papier



Regierung verzögert Bekämpfung des Insider-Handels
Deutschland benötigt ein wirksames Börsenkontrollsystem

Von Dr. Hans-Joachim Lauth MdB
Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seit vielen Jahren wird in Deutschland darüber diskutiert, wie die unrechtmäßige Verwertung von sogenanntem Insiderwissen verhindert beziehungsweise wirksam bekämpft werden könnte. Aufsehenerregende Begleitumstände vor und bei der Fusion namhafter deutscher Unternehmen haben in jüngster Zeit die Dimension und die Dringlichkeit des Problems zum wiederholten Mal in das öffentliche Bewußtsein gerückt. Personen, die als Insider ihren Informationsvorsprung ausnutzen, verstoßen nicht nur gegen die guten Sitten im Anlagegeschäft. Sie fügen durch ihre Machenschaften der Volkswirtschaft insgesamt auch einen kaum übersehbaren Vertrauensschaden zu.

Obwohl der Rat der Europäischen Gemeinschaften die Mitgliedstaaten schon mit einer Richtlinie vom 13. November 1989 verpflichtet hat, noch vor dem 1. Juni 1992 wirksame Vorschriften zur Verhinderung des Insiderhandels zu erlassen, hat die Bundesregierung es immer noch nicht vermocht, entsprechende Gesetze zu verabschieden. Vor einigen Tagen wurde lediglich ein Referentenentwurf für ein zweites Finanzmarktförderungsgesetz vorgelegt, in dessen Rahmen eine gesetzliche Regelung des Wertpapierhandels vorgesehen ist, die sich auch mit diesem Thema beschäftigt.

Angesichts des Insidergeschäftes verbundenen wirtschaftspolitischen Schadenspotentials ist diese verspätete und zögerliche Vorgehensweise der Bundesregierung nicht hinnehmbar.

Ein langatmiges Gesetzgebungsverfahren können wir uns in diesem Bereich nicht mehr leisten! Insider-Geschäfte dürfen nicht länger als "Kavalierschelte" angesehen werden. Als gemeinschädlichen Formen rücksichtsloser individueller Bereicherung muß ihnen durch scharfe Sanktionen entgegengetreten werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung deshalb nicht nur auf, die Europäische Insiderrichtlinie unverzüglich in nationales Recht umzusetzen. Bis zum Inkrafttreten der erforderlichen Gesetzesbestimmungen sollte die Bundesregierung auch alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten prüfen und nutzen, um die Einhaltung der nur auf freiwilliger Basis bestehenden Regelungen der Insiderhandels-Richtlinien sicherzustellen.

Dies ist deshalb unabdingbar, weil in allen anderen wichtigen Nachbarstaaten und den USA bereits seit langem gesetzliche Regelungen bestehen und wirksame Kontrollenrichtungen an den Börsen eingerichtet sind.

Die Bundesregierung hat es zu verantworten, daß Deutschland unter den Industriestaaten auch insoweit zum Schlußlicht geworden ist.

Solange Bundesregierung und Koalition ihrer Verpflichtung zur Umsetzung der Insider-Richtlinie und zur Etablierung eines wirksamen Börsenkontrollsystems nicht nachkommen, wird das Vertrauen auch internationaler Anleger weiter sinken - sicher nicht ohne Folgen für die deutsche Volkswirtschaft. Eine weitere Untätigkeit würde aber auch verheerende Konsequenzen für das allgemeine Rechtsbewußtsein haben.

(-/20. Juli 1993/ks/ks)

Die Politik muß sich den realen Problemen der Bürger zuwenden
Probleme sind mit Grundsatzbeschlüssen nicht zu lösen

Von Rudolf Müller MdB

Nehmt die Menschen so wie sie sind, es gibt keine anderen, hat Adenauer einmal gesagt. Was die Politik den Bürgern in der letzten Zeit zugemutet hat, ist die eigentliche Ursache für das schlechte Abschneiden und Image der großen Volksparteien wie für das Erstarken der Republikaner. Daß die Faschisten mehr werden, mag hier oder da zutreffen, ist aber nicht der Kern des Problems. Wahrscheinlicher ist es sogar, daß gerade dann, wenn berechnete Anliegen der Bürger nicht ernst genommen werden, das zusätzlich zur Wahl extremer Parteien beiträgt. Man kann natürlich schon der Optik im Ausland wegen sagen, die Wähler sollten ihrem Unmut wenigstens nicht durch die Wahl der Republikaner Luft machen. Aber wäre der Zustand unserer Demokratie wirklich besser, wenn die Hälfte der Wähler den Urnen fernbliebe und die paar Prozent Extremen - die es natürlich gibt und zu denen der größte Teil der jugendlichen Randalierer nicht einmal gehört - gar nicht zu erkennen wären?

Die Menschen sind es leid, daß die bestehenden Probleme nicht endlich angepackt werden, sondern daß sie statt dessen erleben müssen, wie ein Teil ihrer Vertreter offenbar glaubt, man könne sie mit Grundsatzbekenntnissen und kleinlichem parteipolitischen Taktieren bewältigen. Sie vermuten - in vielen Fällen wohl nicht zu unrecht -, daß ihre Probleme gar nicht die der Gewählten sind und daß ein Teil der Politiker noch nicht einmal begreift, vor welchen praktischen Schwierigkeiten sie stehen. Wer weiß, wie Menschen reagieren, den wird es auch nicht wundern, daß sich der aufgestaute Unmut vor Wahlen deutlicher artikuliert. Auch in einer Demokratie trauen sich die Bürger oft nicht, öffentlich für ihre Meinung einzutreten, schon gar nicht, wenn sie damit rechnen müssen, von rhetorisch besser Geschulten öffentlich abgekanzelt zu werden. Bei Wahlen zeigen sie dann, was sie wirklich denken. Es hilft den Politikern gar nichts, wenn sie zurecht auf die Versäumnisse auch in der Wirtschaft oder auf das Verhalten vieler Bürger hinweisen. Was die schimpfenden Bürger betrifft, kann man das mit einem Satz George Bernard Shaws beantworten, der einmal gesagt hat, die Demokratie sie keine gute, aber eine sehr gerechte Staatsform: Die Bürger hätten immer die Politiker, die sie verdienen. Nicht ganz so einfach ist es mit den Verantwortlichen der Wirtschaft. Seit dem Erscheinen des Buches "Nieten in Nadelstreifen" gibt es eine rege Diskussion über die Qualität und die Verantwortung unserer Manager. Deren viel gelesenes Unternehmerrisiko besteht oft nur darin - egal ob man gut war oder Mist gebaut hat -, mit einer Abfindung entlassen zu werden, deren Zinsen höher sind als das durchschnittliche Arbeitslosengeld. Natürlich tragen auch Arbeitnehmer Verantwortung. So mancher von ihnen mißbraucht das soziale Netz. Aber wenn sich niemand so recht verantwortlich fühlt und alle nur danach suchen, wieviel Schuld andere haben, werden wir unsere Probleme wohl kaum vernünftig bewältigen. Offenbar haben zu viele noch gar nicht bemerkt, daß sich die Realität auch in Deutschland wieder zurückgemeldet hat. Eines kann man mit Sicherheit sagen: Wenn es nicht gelingt, die Diskussion wieder an den realen Problemen der Bürger und an den Menschen zu orientieren, wie sie nun einmal sind, gehen wir wirklich schwierigen Zeiten entgegen.

(-/20. Juli 1993/ks/ks)

Militär erzwang Rücktritte in Pakistan

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Nach einem Monate dauernden Machtkampf zwischen dem pakistanischen Präsidenten Ghulam Ishaq Khan und dem pakistanischen Ministerpräsidenten Nawaz Sharif sind beide Politiker gleichzeitig von ihren Ämtern zurückgetreten. Beide Rücktritte erfolgten auf "vermittelnden" Druck des Militärs in Person des Armeestabschefs Abdul Waheed. Das pakistanische Parlament wurde aufgelöst. Neu-

wahlen sind für den 6. Oktober 1993 vorgesehen. Direkt danach sollen die Parlamente der vier pakistanischen Provinzen gewählt werden. Im Dezember 1993 sollen dann Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden. Als Übergangspräsident wurde der bisherige Senatsvorsitzende Washim Sajjid eingesetzt. Für die Übergangszeit ist Moazzam Qurashi, ehemaliger Vizepräsident der Weltbank, Chef einer Übergangsregierung.

Der politische Streit zwischen Staatspräsident Khan und Ministerpräsident Sharif begann vor etwa einem halben Jahr. Unmittelbarer Auslöser war die Ernennung des neuen Armeechefs Waheed nach dem Tod des bisherigen Amtsinhabers, der derselben Ethnie angehört wie Staatschef Khan, in der Militärhierarchie jedoch nicht an der Spitze stand.

Sharif setzte sich vehement für die Einschränkung der in der pakistanischen Verfassung verbrieften Rechte des Staatspräsidenten ein. Insbesondere die weitgehenden Vollmachten, zum Beispiel das Recht auf Entlassung von Parlament und Regierung durch den Präsidenten (verfassungskonform nach dem "8. Verfassungszusatz" von 1985, also noch aus der Zeit der Militärdiktatur) kritisierte Sharif.

Khan reagierte im April 1993 mit der Entlassung Sharifs aus dem Amt des Ministerpräsidenten, begründet mit den Vorwürfen der Korruption und Mißwirtschaft. Khan löste auch das Parlament auf und setzte für den 14. Juli 1993 Neuwahlen an. Sechs Wochen später wurden Sharif und seine Regierung sowie das Parlament jedoch wieder durch ein Aufsehen erregende Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Pakistan eingesetzt. Seit dieser Zeit blockieren sich die politischen Kräfte in Pakistan gegenseitig. Das politische Leben in Pakistan war zum Stillstand gekommen. Es war (wieder) die Stunde der Militärs (und des Islam) gekommen.

Eine weitere politisch handelnde Kraft war die pakistanische Opposition PPP (Pakistan Peoples Party) unter Führung von Benazir Bhutto, der ehemaligen Ministerpräsidentin, die im August 1990 von Staatspräsident Khan mit den gleichen Vorwürfen, die auch gegen Sharif erhoben wurden, entlassen worden war. Frau Bhutto mobilisierte schon im letzten Jahr die oppositionellen Massen, um die Rücktritte von Khan und Sharif zu erreichen. Die Opposition wollte die pakistanische Hauptstadt Islamabad nach einem letztlich gewaltsam unterbundenen Marsch auf Islamabad solange "belagern", bis Neuwahlen ausgeschrieben werden. Der Versuch der Opposition im letzten Jahr scheiterte.

Während des politischen Konfliktes zwischen Präsident und Ministerpräsident hatte sich Benazir Bhutto nach einer vorübergehenden Annäherung an Ministerpräsident Sharif (sie wurde Vorsitzende des wichtigen Auswärtigen Ausschusses) auf die Seite von Staatspräsident Khan geschlagen und gegen Ministerpräsident Sharif opponiert, um Neuwahlen zu erreichen. Die PPP hatte niemals das Wahlergebnis aus dem Jahr 1990 anerkannt und sie wollte ein Eingreifen der Militärs bei zunehmender politischer Blockade verhindern. Ein neues politisches Angebot von Ministerpräsident Sharif zur Zusammenarbeit hatte Frau Bhutto aus persönlichen Machtinteressen zuvor ausgeschlagen.

Pakistan steckt in einer tiefen politischen Krise. Ein "Sieg für das pakistanische Volk", wie es Benazir Bhutto bezeichnete, bedeuten die Rücktritte von Khan und Sharif allein nicht. Lediglich die Chance für einen demokratischen Neuanfang in Pakistan ist jetzt gegeben. Die politische Situation in Pakistan war so verfahren, daß nur Neuwahlen ein Ausweg sein können. Ob daraus ein Sieg für die Demokratie und das Volk in Pakistan wird, muß die zukünftige Entwicklung zeigen.

Pakistans Politik war bisher immer von den drei Machtpfeilern Staatspräsident, Ministerpräsident und Armeechef beherrscht worden. Die Armee hat nun, auffallend nach außen verhalten, aber doch letztlich entscheidend, auf Neuwahlen hingewirkt, nachdem Vermittlungsversuche ihrerseits zwischen Khan und Sharif keinen Erfolg hatten. Damit hat sie auch den politischen Druck der Opposition aufgenommen.

Alle politischen Kräfte sollten sich jetzt den demokratischen Voten der pakistanischen Bevölkerung bei den anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stellen, das heißt sie sollten gemeinsam für die absolut korrekte Durchführung demokratischer Wahlen eintreten.

(-/20.7.1993/vc-he/ks)
